



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

BUNDES RAT: VOM AMTSHILFERICHTLINIE- UMSETZUNGSGESETZ ÜBER DAS AIFM- STEUERANPASSUNGSGESETZ BIS HIN ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Am 22.03.2013 hat der Bundesrat (BR) in seiner 908. Sitzung folgende steuerliche Themen behandelt:

- das Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, AmtshilfeRLUmsG)
- die Finanztransaktionssteuer
- das AIFM-Steueranpassungsgesetz
- den Antrag Brandenburgs zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 % (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

GEWINNVERLAGERUNG UND AGGRESSIVE STEUERPLANUNG IM FOKUS DER DEUTSCHEN POLITIK

Das durch die G20, die Europäische Kommission sowie die OECD verfolgte Thema Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) gewinnt in der deutschen Politik zunehmend an Bedeutung. So fand am Mittwoch, den 20.03.2013 im Finanzausschuss des Bundestages ein öffentliches Fachgespräch zur „Bekämpfung grenzüberschreitender Steuergestaltungen“ statt. Zudem stellten die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP einen Antrag im Bundestag, in dem sie fordern, künstliche Gewinnverlagerungen zu verhindern (BT-Drs. 17/12827). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

das Thema Base Erosion und Profit Shifting stand in dieser Woche im Fokus der Politik. Die Praktiken insbesondere der E-Commerce-Unternehmen werden scharf kritisiert, die internationalen Bemühungen der OECD und der Europäischen Union allseits begrüßt. Jedoch werden nun auch die Stimmen lauter, die nationale Maßnahmen wie eine Verschärfung der Zinsschranke fordern. Auch wird kritisiert, dass viele deutsche Konzerne Tochterfirmen in Steeroasen hätten. Die Entwicklung ist gefährlich, droht doch das Projekt BEPS auszufern und Unternehmen zu erfassen, die mitnichten Ziel der Initiative sein sollten. Zudem stehen heute vier steuerpolitisch relevante Themen auf der Tagesordnung des Bundesrates. Erwartungsgemäß hat der Bundesrat das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz abgelehnt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Eine Einigung scheint nicht in Sicht. Zu Beginn der Woche hat die FDP ihr Wahlprogramm präsentiert und das Kabinett am Mittwoch den Einkommensteueränderungsrichtlinien 2012 zugestimmt. Schließlich hat der BFH diese Woche eine Entscheidung zur Passivierung „angeschaffter“ Pensionsrückstellungen veröffentlicht.

Mit Artikeln zu diesen Themen verabschieden wir uns in eine zweiwöchige Osterpause und wünschen unseren Lesern schöne, erholsame Feiertage.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES..... 1 – 10

Bundesrat: Vom Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz über das AIFM-Steueranpassungsgesetz bis hin zur Finanztransaktionssteuer

Gewinnverlagerung und aggressive Steuerplanung im Fokus der deutschen Politik

FDP-Wahlprogramm veröffentlicht

Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien 2012: Kabinett stimmt zu

BFH: Passivierung „angeschaffter“ Pensionsrückstellungen

→ OUTGOING..... 11 – 12

vom 18.03. bis 22.03.2013

Antwort der Bundesregierung zu elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmalen und dem Besteuerungsprozess

1. Beratung Bundesrat zum Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

1. Beratung Bundesrat zum Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz

... sowie weitere Ergebnisse

→ STATUS..... 13 – 16

vom 22.03.2013

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

Jahressteuergesetz 2013 der Länder

Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften

Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING..... 17

vom 25.03. bis 29.03.2013

BUNDESTAG: Keine Sitzung, nächste Sitzungswoche: 15.-19.04.2013

BUNDESRAT: Keine Sitzung, nächste Plenarsitzung: 03.05.2013

STAKEHOLDER: Keine steuerpolitisch relevanten Termine

FDP-WAHLPROGRAMM VERÖFFENTLICHT

Vergangenen Montag, den 18.03.2013 stimmte der Bundesvorstand der FDP dem Entwurf für das Wahlprogramm mit dem Titel "Bürgerprogramm 2013" zu, das auf einem Parteitag in Nürnberg Anfang Mai durch gewählte Delegierte beschlossen werden soll. Online können verifizierte Vertreter auch weiterhin Anträge und Änderungsanträge einreichen. Dadurch soll die Antragsberatung für die Delegierten möglichst transparent und systematisch gestaltet werden. Aus diesem Grund gibt es in dem Entwurf bei einigen Themen alternative Vorschläge, sog. Varianten, die erst im Mai beschlossen werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 7](#)

EINKOMMENSTEUER-ÄNDERUNGSRICHTLINIEN 2012: KABINETT STIMMT ZU

Am vergangenen Mittwoch, den 20.03.2013 hat das Kabinett den Einkommensteuer Änderungsrichtlinien 2012 (EStÄR 2012) in der Fassung des Bundesratsbeschlusses vom 14.12.2012 zugestimmt. Nun bedarf es noch einer Veröffentlichung der EStÄR 2012 im Bundessteuerblatt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 9](#)

BFH: PASSIVIERUNG „ANGESCHAFFTER“ PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN

Das im Folgenden zu besprechende BFH-Urteil vom 12.12.2012 (I R 69/11) bildet den – vorläufigen – Abschluss einer Reihe von höchstfinanzrichterlichen Entscheidungen zu sog. „angeschafften“ Rückstellungen. In dem zugrunde liegenden Sachverhalt übernahm die Klägerin (eine GmbH) im Rahmen eines Betriebserwerbs (Asset Deal) die aufgrund von Pensionszusagen der veräußernden Gesellschaft bestehenden Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern (Schuldübernahme). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 10](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu